



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.10.2019
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	HFA/033/19

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Aktueller Stand der städtischen Finanzen
- 2 Bauprojekt Ärztehaus
Planungsvorstellung durch das Planungsbüro FAAG, Frankfurt
Zu diesem Tagesordnungspunkt sind alle Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung herzlich eingeladen.
- 3 Erschließung des Baugebiets „Westlich der Andreas-Brentano-Straße“;
Benennung von Straßennamen
Beschlissen durch Magistrat am 02.10.2019
sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 22.10.2019, eingegangen am 24.10.2019 (Ifd. Nr. 0230/S/19.1)
Vorlage: 0230/S/19
- 4 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim
Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Nördlich der Theresenstraße“ als Maßnahme der Innenentwicklung gemäß §§ 12 und 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Beschlissen durch Magistrat am 02.10.2019 sowie
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.10.2019, eingegangen am 28.10.2019, Ifd. Nr. 0231/S/19.1
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2019, eingegangen am 31.10.2019, Ifd. Nr. 0231/S/19.2
Vorlage: 0231/S/19
- 5 Vorbereitung Wahl von Mitgliedern der Magistratskommission zur Entwicklung der Kernstadt Gernsheim
Beschlissen durch Magistrat am 16.10.2019
Vorlage: 0244/S/19
- 6 Abfallentsorgung durch den Abfallwirtschaftsverband (AWV)
Antrag des Stadtverordneten Heinrich Bolenz vom 04.09.2019, eingegangen am 04.09.2019
Vorlage: 0220/S/19

- 7 Einführung Freiwilliger Polizeidienst im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019, eingegangen am 01.10.2019
Vorlage: 0243/S/19
- 8 Teilnahme an Kompass
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2019, eingegangen am 26.09.2019, sowie
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.10.2019, eingegangen am 07.10.2019, lfd. Nr. 0239/S/19.1,
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum Prüfantrag vom 25.10.2019, eingegangen am 28.10.2019, lfd. Nr. 0239/S/19.2
Vorlage: 0239/S/19
- 8.1 Teilnahme am Kommunalprogramm Sicherheitssiegel Kompass
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.10.2019, eingegangen am 07.10.2019
- Behandelt unter Tagesordnungspunkt 8
Vorlage: 0239/S/19.1
- 9 Teilnahme am Bundesprogramm Blaues Band
Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2019, eingegangen am 27.09.2019
Vorlage: 0240/S/19
- 10 Satzungsänderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2019, eingegangen am 27.09.2019
Vorlage: 0241/S/19
- 11 Klimaneutrale Energieversorgung für die geplanten Geschossneubauten im Baugebiet Ringstraße II
Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2019, eingegangen am 16.10.2019
Vorlage: 0257/S/19

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau Vorsitzende Draut begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Frau Draut stellt fest die Stimmberechtigung fest:

Für die CDU-Fraktion: Herr Trock, Herr Geiger, Frau Bonifer

Für die SPD-Fraktion: Herr Jirele, Frau Draut

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Piscopia

Für die FDP-Fraktion: Frau Rittberger-Göbler

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den TOP 12 in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln:

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

1 Bericht des Magistrats

1.1 Aktueller Stand der städtischen Finanzen

Zum aktuellen Stand der städtischen Finanzen teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen um rund Euro 33.000,00 verbessert haben. Der Mehrertrag an Gewerbesteuer gegenüber der Planung beträgt rund 9,9 Mio.

**2 Bauprojekt Ärztehaus
Planungsvorstellung durch das Planungsbüro FAAG, Frankfurt
Zu diesem Tagesordnungspunkt sind alle Damen und Herren der
Stadtverordnetenversammlung herzlich eingeladen.**

Herr Kümmeth sowie Frau Weinert vom Planungsbüro FAAG, Frankfurt stellen das Bauprojekt Ärztehaus über eine Präsentation vor und stehen den Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats für Fragen zur Verfügung.

Die Präsentation wird den Fraktionsvorsitzenden per Mail zur Verfügung gestellt.

**3 Erschließung des Baugebiets „Westlich der Andreas-Brentano-Straße“;
Benennung von Straßennamen
Beschluss durch Magistrat am 02.10.2019
sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 22.10.2019,
eingegangen am 24.10.2019 (Ifd. Nr. 0230/S/19.1)
Vorlage: 0230/S/19**

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, die innerhalb des Baugebiets „Westlich der Andreas-Brentano-Straße“ festgesetzte öffentliche Verkehrsanlage als „Robert-Koch-Straße“ zu benennen.

Zur Vorlage 0230/S/19 wird seitens der SPD-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:

„Der Magistrat wird gebeten, die neue öffentliche Verkehrsanlage am geplanten Ärztehaus als Paul-Ehrlich-Straße zu benennen.“

Bereits in der Sitzung des Bauausschusses wurde die Abstimmung aufgrund weiteren Beratungsbedarfs in den Fraktionen auf die für 06.11.2019 terminierte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geschoben.

- 4 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim**
Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Nördlich der Theresenstraße“ als Maßnahme der Innenentwicklung gemäß §§ 12 und 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Beschlossen durch Magistrat am 02.10.2019 sowie
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.10.2019, eingegangen am 28.10.2019, lfd. Nr. 0231/S/19.1
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2019, eingegangen am 31.10.2019, lfd. Nr. 0231/S/19.2
Vorlage: 0231/S/19

Frau Vorsitzende Draut weist auf eventuell bestehende Interessenkollisionen hin.

Frau Goetz verlässt wegen Interessenkollision den Sitzungssaal.

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Vorhaben- und Erschließungsplan mit der Bezeichnung „Nördlich der Theresenstraße“ als Maßnahme der Innenentwicklung gemäß §§ 12 und 13a Baugesetzbuch (BauGB) zu.

Mit dem Bebauungsplanverfahren wird angestrebt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen einer Reihenhausbauung und Geschosswohnungsbau mit dem Nachweis einer ausreichenden Zahl von Stellplätzen und Garagen durch den Vorhabenträger DRH Deutsche Reihenhäuser AG schaffen zu wollen.

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Ergänzungsantrag vorgelegt:

„Im Zuge der Genehmigung des o.g. Bebauungsplans wird der Magistrat gebeten, einen Verkehrswegeplan für Fußgänger am vorgelagerten Kreisel Pfungstädter Straße/Riedstraße erstellen zu lassen.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Vorlage 0231/S/19: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

In der Sitzung des Bauausschusses am 28.10.2019 wurde vereinbart, dass über den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion erst in der für den 06.11.2019 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt wird.

Frau Goetz nimmt wieder an der Sitzung teil.

5 Vorbereitung Wahl von Mitgliedern der Magistratskommission zur Entwicklung der Kernstadt Gernsheim Beschluss durch Magistrat am 16.10.2019 Vorlage: 0244/S/19

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt gemäß § 72 Abs. 2 HGO Herrn Tobias Bornhofen als sachkundigen Bürger in die Magistratskommission.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen.

6 Abfallentsorgung durch den Abfallwirtschaftsverband (AWV) Antrag des Stadtverordneten Heinrich Bolenz vom 04.09.2019, eingegangen am 04.09.2019 Vorlage: 0220/S/19

Seitens des Stadtverordneten Heinrich Bolenz wird folgender Antrag vorgelegt:

Ich beantrage und bitte die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Den Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim zu bitten, beim Abfallwirtschaftsverband Kreis Groß-Gerau eine offene Kalkulation über alle Kosten- und Ertragsarten zu erbitten und diese den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung zu stellen. Auch soll die Kalkulation der Abfallmengen der verschiedenen Müllarten einschließlich der Transporte und die Eröffnungsbilanz des AWV den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung bitte zur Verfügung gestellt werden.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 3 (CDU)

7 Einführung Freiwilliger Polizeidienst im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019, eingegangen am 01.10.2019 Vorlage: 0243/S/19

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung befürwortet die Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Biebesheim, Stockstadt und der Schöfferstadt Gernsheim.

Der Magistrat wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Biebesheim und Stockstadt sowie dem Land Hessen abzuschließen.

Die erforderlichen Mittel werden unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bezuschussung durch das Land Hessen in der Finanzplanung 2020 ff. eingestellt.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 3 (2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

8 Teilnahme an Kompass Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2019, eingegangen am 26.09.2019, sowie - Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.10.2019, eingegangen am 07.10.2019, lfd. Nr. 0239/S/19.1, - Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum Prüfantrag vom 25.10.2019, eingegangen am 28.10.2019, lfd. Nr. 0239/S/19.2 Vorlage: 0239/S/19

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt (0239/S/19):

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, folgendes zu prüfen:

Besteht die Möglichkeit, dass sich die Schöfferstadt Gernsheim am Kompass Programm der hessischen Landesregierung beteiligt?“

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Änderungsantrag vorgelegt (0239/S/19.1)

"Die FDP-Fraktion stimmt dem von der CDU-Fraktion gestellten Prüfantrag der CDU zur Teilnahme am Kommunalprogramm Sicherheitssiegel Kompass" grundsätzlich zu, bittet aber den Magistrat, dem Angebot des Innenministers folgend, diesem Programm umgehend beizutreten und zusammen mit einem KOMPASS-Berater (dies ist ein Polizist) eine gemeinsame detaillierte Sicherheitsanalyse zu erstellen. "

Weiterhin wird seitens der SPD-Fraktion folgender Ergänzungsantrag zum Prüfantrag vorgelegt (0239/S/19.2):

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

„In einer der nächsten Ausschusssitzungen des HFA, wird zur ausführlichen Erläuterung des Leitfadens Kommunalprogramm Sicherheitssiegel" (hessisches Ministerium des Innern und Sport), ein Ansprechpartner/In aus dem Polizeipräsidium Südhessen, Stabsbereich Prävention eingeladen, um fundiert

- die Teilnahmebedingungen und die Prozessstruktur für das Kompass-Programm
- die Bedingungen für das Sicherheitssiegel
- die möglichen, umzusetzenden Maßnahmen

zu erläutern.

Hierzu sind, wie immer, alle Stadtverordnete einzuladen.“

Im Rahmen der Aussprache kündigt Herr Fetsch einen gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion an.

Es besteht Einvernehmen, dass eine Abstimmung in der für den 06.11.2019 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen soll.

**8.1 Teilnahme am Kommunalprogramm Sicherheitssiegel Kompass
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.10.2019, eingegangen am 07.10.2019
- Behandelt unter Tagesordnungspunkt 8
Vorlage: 0239/S/19.1**

Siehe Tagesordnungspunkt 8.

**9 Teilnahme am Bundesprogramm Blaues Band
Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2019,
eingegangen am 27.09.2019
Vorlage: 0240/S/19**

Im Rahmen der Aussprache bittet Herr Piscopia darum, den Antrag mit der lfd. Nr. 0240/S/19 in die nächste Sitzungsrunde zu schieben.

Dem wird einvernehmlich zugestimmt.

**10 Satzungsänderung der Satzung über Sondernutzungen an
öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2019,
eingegangen am 27.09.2019
Vorlage: 0241/S/19**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Satzungsänderung der Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren

Änderung des § 5 Plakatwerbung

Punkt 3.

In der Regel wird die Erlaubnis für Plakatwerbung auf 30 Plakate für 14 Tage vor der jeweiligen Veranstaltung begrenzt.

Punkt 8.

Die Anzahl der Plakate wird hierbei für jeden Wahlvorschlag auf 30 Plakate im Rahmen der gleichen Wahlveranstaltung / Wahl beschränkt.

Neuer Punkt 13.

Das Anbringen von Plakaten aus Plastik (sogenannte Hohlkammerplakate bzw. Wabenkunststoffplakate) ist verboten.“

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass derzeit ein Gerichtsverfahren i. S. Diskriminierung von auswärtigen Privatpersonen wegen des erteilten Verbots der Plakatierung anhängig sei. Er schlägt vor, das Gerichtsverfahren abzuwarten und den Antrag zunächst zurück zu stellen.

Herr Piscopia bittet darum, in der heutigen Sitzung des HFA über diesen Antrag abzustimmen.

Die Abstimmung über Punkt 3., Punkt 8. sowie neuer Punkt 13. erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Punkt 3.: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (FDP)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Punkt 8.: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (FDP)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Punkt 13 neu.: Ablehnung

Ja-Stimmen : 3 (2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 3 (CDU)
Enthaltung : 1 (FDP)

11 Klimaneutrale Energieversorgung für die geplanten Geschossneubauten im Baugebiet Ringstraße II Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2019, eingegangen am 16.10.2019 Vorlage: 0257/S/19

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Im Zuge der Grundstücksvergabe für die Geschoßneubauten im Neubaugebiet Ringstr. II ist bei den potentiellen Bauträgern auf eine klimaneutrale Energieversorgung mit einem möglichst hohen Anteil lokal verfügbarer regenerativer Energien hinzuwirken. Bauträger, die mit einer konventionellen Energieversorgung planen, sind nur zu berücksichtigen, wenn es keine andere oder nur solche mit einer extrem teuren Energieversorgung gibt.“

Bereits in der Sitzung des Bauausschusses am 28.10.2019 wurde vereinbart, dass über diesen Antrag erst in der für 06.11.2019 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt wird.

Frau Vorsitzende Draut schließt um 20:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nicht öffentlichen Teil, nachdem der Vertreter der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer den Sitzungssaal verlassen haben.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzende

Schriftführerin
sp